

Wie kommt der Sachverstand in die Politik?



Von der Öffentlichkeit weitgehend unbemerkt, ging Ende 2007 in der Schweiz eine Ära ökonomischer Politikberatung zu Ende: Im 75. Jahr ihres Bestehens wurde die Kommission für Konjunkturfragen vom Bundesrat abgeschafft. Gegründet wurde sie 1932, mitten in der schwersten Wirtschaftskrise des 20. Jahrhunderts. Sie sollte helfen, Antworten auf die wirtschaftspolitische Herausforderung der Krise zu finden und vor allem auch die unerlässlichen statistischen Grundlagen der Konjunkturanalyse aufzubauen. Zuletzt blieb von diesen Aufgaben faktisch nur noch die wirtschaftspolitische Beratung übrig.

Denn die Beobachtung und Prognose der Konjunktur wird inzwischen professionell sowohl von der Bundesverwaltung und der Schweizerischen Nationalbank als auch von zahlreichen nationalen und internationalen Konjunkturforschungsstellen wahrgenommen.

Mit Berichten über die Finanz-, Sozial- und Gesundheitspolitik entfernte sich die Kommission in den letzten Jahren ziemlich weit von ihrem ursprünglichen konjunkturpolitischen Fokus. Erst der allerletzte Jahresbericht ist nochmals auf den ursprünglichen Auftrag zurückgekommen. Er vermittelt neben dem aktuellen Konjunkturausblick einen Rückblick auf die wechselvolle Geschichte der Konjunktur und der Konjunkturpolitik in der Schweiz wie auch auf die Entwicklungen in der Konjunkturtheorie und in den Auffassungen der Kommission über die letzten Jahrzehnte hinweg (alles herunterzuladen unter www.kfk.admin.ch).

FEHLENDE INSTITUTION. Das Verschwinden der Kommission für Konjunkturfragen macht plastisch sichtbar, dass in der Schweiz eine Institution fehlt, die – ausserhalb der politischen Schaltzentralen angesiedelt und von allen gesellschaftlichen Partikularinteressen unabhängig – ökonomischen Sachverstand in den wirtschaftspolitischen Entscheidungsprozess einspeist. Auch die Kommission für Konjunkturfragen konnte diese Rolle nicht wirklich ausfüllen. Denn von allem Anfang an war sie nach der korporatistischen Schablone einer typisch schweizerischen Kommission gestrickt. Sorgsam wurde darauf geachtet, dass neben der Wissenschaft die von der Wirtschaftspolitik betroffenen Interessengruppen wie auch die beteiligten Bundesstellen in der Kommission vertreten waren. Entsprechend hart wurde bisweilen um strittige Positionen und Formulierungen gerungen, bis am Ende oft genug ein weichgespülter Text herauskam, mit dem man bestimmt niemandem auf die Zehen trat.

NARRENFREIHEIT. Aber das ist es nicht, was die Politik benötigt. Wirtschaftspolitische Beratung, die nicht die Narrenfreiheit hat, auch einmal unbequem und provokativ zu sein, bringt nichts. Zwar verfügen die Träger der Wirtschaftspolitik in der Schweiz über beachtliche interne Kompetenzzentren. Aber eine externe Instanz, deren Ansehen auf unabhängigem wissenschaftlichem Sachverstand beruht, und die der Politik mit Rat und Kritik beiseitesteht, wird dadurch nicht überflüssig. Von privaten Interessen finanzierte Denkfabriken können diese Funktion nicht ausfüllen, weil ihre Glaubwürdigkeit unter ihrer Abhängigkeit von den Sponsoren leidet.

Es gab in der Schweiz genau einen ernsthaften Versuch, ein unabhängiges wirtschaftspolitisches Beratungsgremium zu etablieren. Das war die Expertengruppe der

sogenannten «Drei Weisen» in den 1970er-Jahren. Massgeblich geprägt vom Basler Professor Gottfried Bombach, veröffentlichten die Experten drei Berichte, die so viele unangenehme Wahrheiten offen aussprachen, dass der Bundesrat das Experiment unter z.T. wüsten Beschimpfungen der Wissenschaftler alsbald wieder beendete. Damit war der Beweis für den Nutzen eines unabhängigen Beratungsorgans zweifelsfrei erbracht.

MEHR GEWICHT. Der Blick über die Grenzen zeigt, dass die wirtschaftspolitische Beratung international sehr unterschiedlich organisiert wird. In den USA etwa steht der «Council of Economic Advisers» als Bestandteil der Administration direkt im Dienst des jeweiligen Präsidenten. Der deutsche Sachverständigenrat dagegen wird zwar von der Regierung ernannt, arbeitet aber unabhängig. Dadurch besitzt seine Stimme Gewicht. Aber auch er ist nicht ganz frei von korporatistischen Fesseln. Denn dadurch, dass zwei Mitglieder auf Vorschlag der Gewerkschaften bzw. der Arbeitgeber ernannt werden, wird die sachbezogene Arbeit immer wieder durch interessenpolitischen Zank kontaminiert.

NICHT ALLGEMEINGÜLTIG. Damit keine Missverständnisse aufkommen: Auch die Wissenschaft kann der Wirtschaftspolitik keine allgemeingültigen Wahrheiten liefern, und auch Experten sind nur Menschen mit ihren subjektiven Wertungen. Aber der Qualität wirtschaftspolitischer Debatten und Entscheidungen kann es nur gut tun, wenn im Getöse der Interessenpolitik auch der wissenschaftliche Sachverstand eine starke Lobby besitzt. Vielleicht stellt das jetzt entstandene Vakuum eine Chance dar, in der Schweiz jenes über allen Interessen stehende wirtschaftspolitische Beratungsorgan zu schaffen, das die Kommission für Konjunkturfragen nie gewesen ist.

* Oliver Landmann ist ordentlicher Professor für theoretische Volkswirtschaftslehre an der Universität Freiburg i.Br. (oliver.landmann@vwl.uni-freiburg.de). Er war von 2005 bis 2007 Mitglied der Kommission für Konjunkturfragen.